

„Der öffentliche Gesundheitsdienst – Mitgestalter einer modernen Gesundheitspolitik ?!“

57. Wissenschaftlicher Kongress der Bundesverbände der Ärzte und Zahnärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, 26. bis 28. April 2007 in Bad Lausick, Sachsen

Als Resümee des diesjährigen wissenschaftlichen Kongresses der Berufsverbände des ÖGD darf eingeschätzt werden, dass den circa 600 Teilnehmern ein inhaltsreiches Themenspektrum und die Qualität der Diskussionen in bester Erinnerung bleiben werden. Sachsen gab sich in Bad Lausick als sympathischer Gastgeber. Das Motto dieses Bundeskongresses spiegelt eine der ganz entscheidenden Funktionen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes wider: Der politische Auftrag der Sicherstellung des Gesundheitsschutzes und der Gesundheitsförderung der Bevölkerung. Fakt ist, dass eine erfolgreiche Gesundheitsplanung wissenschaftlich als auch politikbasiert sein muss. Bei einem konstruktiven Dialog mit der Politik kommt dem Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) dabei eine große Verantwortung zu. Andererseits muss auch die Politik ihrer Verantwortung durch die Unterstützung des ÖGD gerecht werden.

Staatsekretär Dr. Klaus Theo Schröder überbrachte Grüße der Bundesregierung und sagte angesichts der öffentlichen Diskussionen über Themen wie Influenzapandemie im Rahmen der Vogelgrippe, Umweltmedizin im Hinblick auf den Klimawandel, Kindergesundheit- hier die Debatte über „dicke Kinder“ oder des „Magermodells“, Schutzimpfungen vor dem Hintergrund grassierender Masern in Nordrhein-Westfalen und auch die wieder steigenden Infektionszahlen bei HIV/AIDS, die Unterstützung des Bundesministeriums für Gesundheit zu. Diese öffentliche Präsenz zeigt gleichzeitig auch die Bedeutung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes.

Prof. Dr. Jan Schulze, Präsident der Sächsischen Landesärztekammer, sprach

deutliche Worte im Rahmen der Diskussion, ob der ÖGD Mitgestalter einer modernen Gesundheitspolitik sein kann. Er verdeutlichte: „Der ÖGD ist eine unverzichtbare Größe im deutschen Gesundheitswesen und auf Grund des breiten Bandes seiner Aufgaben geradezu prädestiniert als Berater und Motor in Erscheinung zu treten.“ Weiterhin appellierte er an die Gesundheitspolitiker, der Bevölkerungsmedizin im Sinne des ÖGD eine höherwertige Rolle in den strategischen Überlegungen zuzubilligen mit den folgenden Worten: „Der ÖGD bedarf durchgängig eines umfassenden Qualitätsmanagements, der wissenschaftlichen Aufbereitung eines enormen Datenmaterials und Forschungskapazitäten einschließlich der Versorgungsforschung, um nur einiges herauszugreifen. Der ÖGD braucht diese Unterstützung, um seiner Rolle als Mitgestalter gerecht werden zu können. Streich- und Outsourcing-Attacken sind fehlplaziert. Wir brauchen einen starken Partner ÖGD. Ansonsten wird hoheitlicher Boden entzogen.“

Der 1. Vorsitzende der dbb tarifunion, Frank Stöhr, verwies in seinem Beitrag auf eine aktuelle Schwachstelle im ÖGD. Einerseits wird von Ärzten im Öffentlichen Gesundheitsdienst eine hohe Qualifizierung verlangt, die Vergütung entspricht aber nicht der ihrer Kolleginnen und Kollegen in den öffentlichen Krankenhäusern.

In jeder Hinsicht ist eine Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes angebracht. So wurde in Bad Lausick auch eine gemeinsame Erklärung des BVÖGD, des VAH, der GHUP, der DGHM, der DGKH, des BdH und des BÄMI abgegeben, die eine tarifliche Gleichstellung der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes mit an Krankenhäusern angestellten Berufskollegen fordert (im Internet unter: www.aerzte.dbb.de). Dem ÖGD komme eine Schlüssel-funktion zur Sicherstellung des Infektionsschutzes, dem Seuchenmanagement und aktuell der Pandemieplanung, sowie des Schutzes der Bevölkerung vor umweltbedingten Risiken zu. Zu den weiteren wichtigen Aufgabenfeldern gehören ebenso der

sozialpsychiatrische Dienst und der Kinder- und Jugendärztliche Dienst. Es müssen einfach Anreize geschaffen werden, die Funktionsfähigkeit des Gesundheitsdienstes zu erhalten und auszubauen. Deshalb, so der eindringliche Appell, müssen sich alle Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung für die tarifliche Gleichstellung der Ärztinnen und Ärzte des ÖGD einsetzen, um den zunehmenden Ärztemangel entgegenzuwirken. Der Landrat des gastgebenden Muldentalkreis, Dr. Gerhard Gey, verdeutlichte an konkreten Projekten im Landkreis, wie Impfprojekte, Sucht- und Drogenprävention, den hohen Stellenwert des ÖGD. Außerdem gebe es in der Gesundheitswirtschaft im Muldentalkreis mit ca. 5000 Arbeitsplätzen ein starkes wirtschaftliches Potential. Diese Branche sei damit noch vor der Bauwirtschaft der größte Arbeitgeber in der Region, betonte der Landrat in seinem Grußwort zum Kongress.

Die sächsische Sozialministerin Helma Orosz hob in ihrem Festvortrag die Rolle des Öffentlichen Gesundheitsdienstes als wichtigen Mitgestalter moderner Gesundheitspolitik hervor. Sie betonte: „Gesundheit gibt es nur im Kontext mit der Lebenswelt, mit dem sozialen Umfeld. Frühzeitige Prävention ist eine Querschnittsaufgabe und erfordert eine ressortübergreifende Kooperation. Der Öffentliche Gesundheitsdienst ist mit dieser Lebenswelt bestens vertraut. Deshalb kommt ihm eine solch wichtige Rolle in der modernen Gesundheitspolitik zu“. Sie betonte, der ÖGD sei geradezu prädestiniert dafür, den Paradigmenwechsel zur Gesundheitsförderung mit Leben zu erfüllen. Seine breite Fachlichkeit erlaube ihm eine zielgruppenspezifische Planung und eine am Bedarf orientierte Umsetzung von Maßnahmen. Er habe alle fachlichen notwendigen Voraussetzungen, wenn es darum geht, Gesundheitsressourcen zu koordinieren, zu moderieren und zusammenzubringen.

Sie verwies darauf, dass der ÖGD sich angesichts des Spagats zwischen wachsenden Aufgaben und sinkenden Personalressourcen nicht zurücklehne und dankte den Mitarbeitenden des ÖGD für ihr Engagement.

Für ihre Verdienste um den Öffentlichen Gesundheitsdienst, beispielsweise für die Initiierung eines Sonderprogramms des Freistaates zur Weiterbildung zu Fachärzten für Öffentliches Gesundheitswesen, erhielt die Ministerin im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung die Johann-Peter-Frank-Medaille als Auszeichnung.

Die Plenarsitzung „Politikberatung durch den ÖGD“ stand im Zentrum des Kongresses. Die Vorträge von Frau Prof. Bärbel-Maria Kurth (RKI), von Dr. Helmut Brand (Iögd) und Prof. Peter Strohmeier (Ruhr-Universität Bochum) boten Diskussionsanlässe im Verlaufe des gesamten Kongresses, unter anderem auch während einer Podiumsdiskussion des Fachausschusses Gesundheitsberichterstattung und Prävention. So ist die Frage, welche Informationen aus dem Pool der täglichen Arbeit des ÖGD in welcher Form wem zugeleitet werden sollten, entscheidend für den Erfolg der Arbeit der Gesundheitsämter und bereits eine bedeutsame wissenschaftliche Aufgabe für sich.

Das von der EU-Kommission geförderte Projekt „Policy Impact Assessment of Public Health Reporting“ gibt darüber beispielsweise Einblicke. Im Zusammenhang mit den allgemein festzustellenden Problemen sozial benachteiligter Familien (vgl. Ergebnisse der KiGGS-Studie) ist eine aussagekräftige kleinräumige integrierte Sozial- und Gesundheitsberichterstattung mit dem Fokus auf die Kindergesundheit besonders wichtig.

In diesem Zusammenhang empfiehlt der BVÖGD eine Überarbeitung der bisherigen Früherkennungsuntersuchungen auch im Hinblick auf die stärkere Berücksichtigung des sozialen Umfeldes und der Lebensbedingungen der Kinder, die subsidiäre Durchführung durch den ÖGD und den Ausbau kommunaler ärztlicher und anderer Hilfs- und Beratungsangebote. Ein frühzeitiges Erkennen von Störungen könnte die Chancen durch angemessene Förderung und Bildung der Kinder verbessern.

Interessante Beiträge konnten während des Kongresses zum Thema Klima und Gesundheit verfolgt werden. So setzte sich beispielsweise Petra Mahrenholz, Umweltbundes-

amt, Dessau, mit dem Klimawandel in Deutschland – seine Folgen und Risiken für den Menschen in einer wissenschaftlichen Studie auseinander. Dieser Studie ist ableitbar, dass auf der Erde große klimatische Veränderungen nicht mehr aufzuhalten sind, deren Folgen auch in Deutschland zunehmend Stürme, Überschwemmungen und extreme Wetterlagen sein werden. Neben starker Hitzebelastung werden zusätzlich gesundheitliche Belastungen durch Schimmelpilzbefall überschwemmter Häuser sowie Stress, Angstzustände und Depressionen als Folge der Zerstörung lebensnotwendiger Infrastruktur und des individuellen Eigentums auftreten.

Andere Sitzungen auf dem Kongress behandelten viel diskutierte Themen, wie Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen oder Nichtraucherschutz. Der Vortrag von Dr. Martina Pötschke-Lange, Deutsches Krebsforschungszentrum, beschäftigte sich intensiv mit der Frage – Passivrauchen – ein unterschätztes Gesundheitsrisiko. Zwar wurde auf Grund früherer Forschungen die Arbeitsstättenverordnung verändert, so dass mittlerweile in Deutschland grundsätzlich der Nichtraucherschutz am Arbeitsplatz gewährleistet sein muss, allerdings sind Ausnahmen für Betriebe mit Publikumsverkehr zugelassen. Messungen in gastronomischen Betrieben und Fernreisezügen ergaben hohe Schadstoffbelastungen, wo vergleichbar in Industriebetrieben Schutzmasken mit Atemfilter getragen werden müssten. An diesen Arbeitsplätzen sind unter anderem auch tausende Schwangere und stillende Mütter betroffen, wo dringender Handlungsbedarf besteht. Weitere nicht so im aktuellen Fokus stehende Themen wie Badewasserqualität, Stadtentwicklungen, Demografie und Gesundheit, psychosoziale Fragestellungen oder Infektionshygiene in Arztpraxen fanden in der Fachwelt ebenfalls viel Beachtung. Sachsens Vorreiterrolle in der schul- und jugendzahnärztlichen Betreuung fand in den Diskussionsrunden ein positives Echo. In ihren Darlegungen führte Dr. Grit Hantzschke vom Gesundheitsamt Sächsische Schweiz aus, dass das praktizierte System der

Arbeitsteilung zwischen Gesundheitsämtern (Untersuchung und Auswertung) und niedergelassenen Zahnärzten, indem die gesundheitserzieherischen Maßnahmen auch auf diese übertragen werden können, Früchte tragen. Die Organisation und Absicherung der Flächendeckung bleibt subsidiäre Aufgabe der Gesundheitsämter. Die erreichten Ergebnisse in der Gruppenprophylaxe in Sachsen sind mit 98 Prozent beispielhaft und sprechen für das sächsische Modell. In der gemeinsamen Abschlussveranstaltung der Ärzte und Zahnärzte ging es um Konzepte und Erfahrungsberichte zur infektionshygienischen Überwachung von Zahnarztpraxen. Während des dreitägigen Kongresses boten 120 Referenten in Fachausschüssen, oder Workshops wissenschaftliche Erkenntnisse ihrer Medizingebiete an. Mit der Präsentation dieser Ergebnisse verstehen sich die Vertreter des ÖGD als Mittler zwischen der medizinischen Wissenschaft und der Politik.

Zusätzlich zu den Vorträgen gab es eine Ausstellung von rund 60 wissenschaftlichen Postern, welche erstmals auf diesem Kongress vom BVÖGD mit 300,-, 200,- und 100,- Euro prämiert wurden. Die Umsetzung konkreter Maßnahmen in der Praxis war neben der Gestaltung ein wichtiges Auswahlkriterium.

In Bad Lausick wurde auch ein neuer Vorstand des BVÖGD gewählt. Für Dr. Claudia Kuhnhen und Dr. Regine Krause-Döring, die nicht mehr zur Wiederwahl zur Verfügung standen, wurden zum stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Thomas Menn, Frankfurt (Oder), und Dr. Winfried Strauch, Bamberg, als Schriftführer gewählt. Dr. Klaus Walter und Dr. Harald Michels wurden in ihren Ämtern als Vorsitzender bzw. als Schatzmeister bestätigt. Der Landesverband Sachsen der Ärzte und Zahnärzte des ÖGD und das Gesundheitsamt Muldentalkreis, die für die Organisatoren dieses Kongresses vor Ort zuständig waren, freuen sich über die große Resonanz und positive Bewertung des Kongresses.

Dr. med. Regine Krause-Döring
Vorsitzende Landesverband Sachsen
der Ärzte und Zahnärzte des
Öffentlichen Gesundheitsdienstes